

DER BREMER ANTIFASCHIST

0,50 €

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

August/September 08_09/2014

Feuersturm über dem Bremer Westen

Seinen schwersten Luftangriff erlebte Bremen am 18./19. August 1944. Mehr als 1.000 Menschen starben, über 700 wurden verwundet, mehr als 49.000 obdachlos. *"Es blieb nichts mehr übrig als aus dem gefährdeten Gebiet zurückzugehen"*, stand im Luftschutzbericht. Der Bericht lässt das qualvolle Sterben der vom Feuer eingeschlossenen Bewohner des Bremer Westens nur annähernd ahnen. Von der Faulenstraße bis fast zum Waller Ring lag Bremen in Schutt und Asche. Auf den Straßen und dem Schutt ausgebrannter Häuser zeugten verbrannte Menschen von vergeblichen Versuchen Schutz zu finden vor dem Feuersturm. Der Krieg hatte Deutschland eingeholt, von dessen Boden er ausgegangen war.



Blick auf die Nordstraße vom Bunker Nordstraße aus

Für die deutsche Arbeiterbewegung war von allem Anfang an klar, dass Großindustrie und Bankkapital den Revanchekrieg planten. Das deutsche Großkapital sah seinen Krieg 1914-1918 durch einen "Dolchstoß" verloren. Schon zu Ende des 1. Weltkriegs stand daher für Industrie und Generalität fest, dass es zu einem neuen Krieg kommen werde. Krupp sah in den Kriegsvorbereitungen höchste Bewährung für das Unternehmertum. Es ging um Vorherrschaft in Europa, um Getreide und Rohstoffe, Gummi, Eisen, Erze. Unermüdlich war daher zurzeit der Weimarer Republik der Widerstand von Arbeiterbewegung und Pazifisten, um Aufrüstung, Krieg und Kriegsvorbereitungen zu verhindern. Daher unterstützte das deutsche Großkapital von allem Anfang an die Nazibewegung gegen den "inneren Feind", gegen Arbeiterbewegung und Demokratie. Darum begannen mit der "Machtergreifung" der Faschisten Verfolgung, Zerschlagung, Terror und Mord an der Arbeiterbewegung und ihren Führern. Zunächst einmal sollte der "innere Feind" aus dem Weg geschafft werden: Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Pazifisten, Demokraten. Dann sollte das Volk langsam an den Krieg und seine Grausamkeit gewöhnt werden. Darum wurde der Terror gegen die Arbeiterbewegung, gegen Juden und gegen Sinti geführt, daher wurden Millionen in KZ und Vernichtungslagern umgebracht.

Im Januar 1943 wurde in Stalingrad der Völkermord durch die Rote Armee zum Stehen gebracht. Die Hauptlast der Befreiung Europas vom Joch des Faschismus trugen die Völker der Sowjetunion. "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg" war die Losung. Sie schlug sich nieder in der UN-Charta, in den Länderverfassungen, im Grundgesetz. Nie wieder sollte ein Angriffskrieg von deutschem Boden ausgehen ...

Leitartikel des Bremer Antifaschist 8/1984

Gedenken auf Bahrs Plate

Eine 30-köpfige Gruppe von Angehörigen ehemaliger französischer KZ-Häftlinge unter Leitung von Janine Grassin besuchte am 30. Mai Bremen, legte Blumen an die Gräber auf dem Osterholzer Friedhof, besuchte die Gedenktafel für das KZ-Außenlager Riespot auf dem Gelände der Stahlwerke, Bahrs Plate und im Anschluss den Bunker Farge. Auf Bahrs Plate empfing sie eine kleine Gruppe der Initiative Nordbremer Bürger gegen den Krieg, der Internationalen Friedensschule Vegesack und der VVN-BdA Bremen. Das Neuengamme-Außenlager Blumenthal bestand von August 1944 bis zum Todesmarsch April 1945, acht Baracken, umgeben von doppeltem Stacheldrahtzaun, eine Schreibstube, ein Krankenrevier, eine Küche, Waschgelegenheiten, Kleiderkammer. 929 KZ-Häftlinge mussten für die Deschimag-A.G.Weser in Maschinenhallen auf dem Gelände der Bremer Wollkämmerei arbeiten, andere auf der U-Boot-Bunkerbaustelle in Rekum. 123 von ihnen kamen ums Leben, Mangelernährung, Misshandlungen. Einer Gruppe französischer Gefangener gelang in mühevoller Nachtarbeit der Bau eines Tunnels von der Baracke 7 unter dem doppelten Stacheldrahtzaun hindurch. Da der Tunnel ungenügend abgestützt war, brachte ihn das Gewicht eines Fahrzeugs zum Einsturz. Zwei der Beteiligten erklärten sich für schuldig, wurden hart bestraft, aber überlebten. Der Vater Georges vom Teilnehmer Jean Curial, war einer der Tunnelbauer. Die Geschichte vom Mut der französischen Häftlingsgruppe hat ihn zeitlebens beschäftigt. Die Wachmannschaften bestanden aus frontuntauglichen Marinesoldaten. Eines Tages lagen zwei Äpfel an einer Barackentür. Die Häftlinge befürchteten eine Provokation, teilten sie aber im Schutz der Nacht untereinander auf. Das Ganze wiederholte sich mehrfach, bis einer der Häftlinge Blickkontakt mit einem der Männer auf dem Wachturm aufnahm und begriff, dass dieser es aus reinem Anstand getan hatte.

Vor der Bunkerführung stellten Betriebsrat und Jugendvertretung von ArcelorMittal eine sehr eindrucksvolle und gelungene selbstgefertigte Ausstellung zum KZ-Außenlager Riespot vor.

Wilhelm Henkel

Im Namen der Menschlichkeit

Für die einen ist er *"Geheimnisvolle Mister X"* für die anderen *"Der Schindler von Kopenhagen"*. Gemeint ist Georg Ferdinand Duckwitz.

Er wurde am 29. September 1904 in Bremen als Sohn einer alteingesessenen Bremer Kaufmannsfamilie geboren und ist der Urenkel des Bremer Kaufmanns und Bürgermeisters Arnold Duckwitz. Sein Neffe 2. Grades Edmund Duckwitz ist in seine Fußstapfen getreten und seit Oktober 2010 deutscher Botschafter in Mexiko. Zuvor war er in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union in Brüssel (*"Ohne meinen Onkel wäre ich nicht Diplomat"*).

Georg Ferdinand Duckwitz war Mitglied eines Freikorps, studierte Nationalökonomie an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg, schloss sich dem dortigen schlagenden Corps Rhenania Freiburg an, brach das Studium ab, trat in den Dienst von Kaffee Hag, ging für das Unternehmen als Niederlassungsleiter nach Kopenhagen, war von den Ideen Adolf Hitlers begeistert und wurde schon 1932 Mitglied der NSDAP. Kurzum - seine NS-Karriere war eigentlich vorprogrammiert. Doch nach dem Röhm-Putsch 1934 begann bei Duckwitz ein Umdenken. Er distanziertere sich innerlich von der Partei ohne allerdings auszutreten.

Am 01. Juli 1933 begann Duckwitz seinen Dienst in dem neu geschaffenen Außenpolitischen Amt in Berlin (APA), der außenpolitischen Abteilung der Partei. Bereits im Juni 1935 quittierte Duckwitz den Dienst. Er schrieb an den Leiter des APA, Alfred Rosenberg: *"Meine nunmehr zweijährige Tätigkeit in der Reichsleitung der N.S.D.A.P. hat mich erkennen lassen, dass ich mich im Wesen und in der Zielsetzung der nationalsozialistischen Bewegung so grundlegend getäuscht habe, dass ich als mir selbst gegenüber ehrlicher Mensch nicht mehr in der Lage bin, innerhalb dieser Bewegung zu arbeiten."* Da Rosenberg Duckwitz mochte, blieb der Brief folgenlos. 1939 ging er zum Reichsverkehrsministerium und gelang durch die massive Fürsprache von Admirals Canaris als Schiffssachverständigen nach Kopenhagen. 1941 wechselte in das Auswärtige Amt. Seit 1941 hatte er nicht nur Kontakte zum Kreis um Goerdeler und den Widerständlern des 20. Juli 1944, er war ihr wichtigster Vertreter in Skandinavien. Er war sich der Gefahr für sich und seine Frau bewusst. Nach dem 20. Juli 1944 trugen beide ständig Zyankalipillen mit sich. So befahl Otto Bovensiepen (Dänemarks Leiter der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Standartenführer und Oberst der Polizei), kurz vor Ende des Krieges die Erschießung von Duckwitz und seiner Frau. Beide konnten glücklicherweise rechtzeitig untertauchen.

Am 28. September 1943, also am Tag des Jom Kippur, dem heiligsten jüdischen Fest- und Feiertag des Jahres, am dem alle Juden zuhause waren, sollte die "Judenaktion" auch in Dänemark stattfinden. Duckwitz wurde der Termin frühzeitig gewahr und konnte vor allem mit Hilfe dänischer Fischer ca. 6.500 Juden und ca. 1.370 so genannter Halbjuden nach Schweden retten. Durch das Schweigen von Dr. Werner Best, "Schlächter von Paris" dem deutschen Statthalter in Dänemark, war hilfreich. Best war dss Endes des "Dritten Reiches" bewusst und wollte somit Pluspunkte für das Danach sammeln. Lediglich 472 Juden wurden von der Gestapo aufgegriffen und ins KZ Theresienstadt verschleppt, 423 von ihnen überlebten. 1971 wurde Duckwitz von der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem als "Gerechter unter den Völkern" ausgezeichnet.
Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete Duckwitz zunächst in Kopenhagen als Vertreter der westdeutschen Handelskammern. Bei der Wiedergründung des Auswärtigen Amtes wurde er Leiter der Wirtschaftsabteilung beim Generalkonsulat in Kopenhagen, 1953 Konsul in Helsinki. Im Jahr 1955 kehrte er als Botschafter der Bundesrepublik Deutschland nach Kopenhagen zurück. 1958 wurde er Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes in Bonn. Danach wechselte er auf den Posten des deutschen Botschafters in Indien nach Neu-Delhi. 1965 wurde er auf eigenen Wunsch in den Ruhestand versetzt. Durch seine Zeit als Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes hatte er engen Kontakt zu Willy Brandt, dem damaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin. Er teilte die Notwendigkeit einer neuen Ostpolitik. Als Brandt im Jahr 1966 Bundesaußenminister wurde, holte er 1967 Duckwitz als Staatssekretär in den aktiven Dienst zurück. Duckwitz blieb es auch unter Walter Scheel. Nach dem Abschluss des Warschauer Vertrags über die deutsch-polnischen Beziehungen (Duckwitz war hier der Verhandlungsführer der Bundesrepublik Deutschland) trat er endgültig in den Ruhestand. Er starb am 16. Februar 1973 und wurde auf dem Riensberger Friedhof in Bremen beigesetzt. In Vegesack wurde der "Kleine Markt" in "Botschafter-Duckwitz-Platz" umbenannt.

Bo Lidegaard hat ein ausgesprochen gutes Buch über die Rettung der dänischen Juden geschrieben: "Die Ausnahme. Oktober 1943. Wie die dänischen Juden mithilfe ihrer Mitbürger der Vernichtung entkamen." Blessing Verlag, München 2013, 591 Seiten, EUR 24,99, ISBN 978-389667-510-1.

Gerold Fleßner

Zusatzbeschilderung Straßennamen

Am 26. März stellte die Linksfraktion in Gröpelingen den Antrag auf ergänzende Zusatzbeschilderung von Straßennamenschildern. Er wurde in den Bauausschuss überwiesen. In dem Antrag heißt es: *"Der Beirat Gröpelingen fordert Deputation und senatorische Dienststelle für Straßenbau und Verkehr auf, Straßenschilder mit Straßennamen nach Ortschaften aus dem niederdeutschen Sprachbereich und Naturgegebenheiten wie Bäume, Blumen, Erhebungen Zusatzbeschilderungen mit den Bezeichnungen in der niederdeutschen Sprache hinzuzufügen. Desgleichen fordert der Beirat Gröpelingen Deputation und senatorische Dienststelle für Straßenbau und Verkehr auf bei Ortschaften, die heute polnisch oder russisch sind, die polnischen bzw. russischen Namen auf einer Zusatzbeschilderung darzustellen."*

Zur Begründung hieß es: *"Der Plattdeutsche Verein regte unlängst an, die europäische Minderheitenkonvention mit Leben zu erfüllen. Ein wichtiges Element dabei ist die Erhaltung der traditionellen niederdeutschen Sprache im öffentlichen Gebrauch und im Straßenbild. Im Sinne eines gemeinsamen europäischen Gedankens sollten die zeitgemäßen Ortsnamen im Straßenbild präsent sein. 1919/20 wurden die zeitweiligen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen, sowie Teile Schlesiens polnisch, 1939/45 vorübergehend deutsch, 1945/46 wurden Schlesien, Pommern und Ostpreußen polnisch, dessen nördlicher Teil russisch. Eine Reihe von Straßennamen in Gröpelingen entstand 1940."*

Der Gröpelinger Bauausschuss stellte die Zusatzbeschilderung aus Kostengründen zurück. Schließlich betrifft es über 50 Straßennamen. Geprüft wird nun, ob dafür im Rahmen des Schutzes vom Aussterben bedrohter Sprachen Europamittel beantragt werden können. Außerdem regte der Ausschuss an, an Togostraße und Kamerunstraße in Oslebshausen eine Tafel aufzustellen, an die Kolonialverbrechen des Kaiserreichs erinnert. Vielleicht sollte das auch im Industriehafengebiet geschehen, wo eine Reihe von Straßennamen an Namibia erinnern (Südweststraße, Waterbergstraße, Windhukstraße, Otavistraße - diese Orte tragen heute afrikanische Namen). Ähnlich ließe sich doch vielleicht auch im Bromberger Viertel verfahren: eine Tafel könnte darauf aufmerksam machen, dass die Namen der umliegenden Straßen 1940 nach Städten im sogenannten polnischen Korridor benannt wurden, in denen nach der Besetzung Polens verstärkt Deutsche angesiedelt werden sollten.

Raimund Gaebelein

Bundeskongress 2014

Im SAALBAU Gallus, dem Ort, an dem 1964/65 der Frankfurter Auschwitz-Prozess stattgefunden hatte, tagte am 31. Mai und 01. Juni 2014 der jüngste Bundeskongress unserer Organisation. Schwerpunkt des Kongresses waren die Rechenschaftslegung des alten Vorstands (SprecherInnenkreis), die Diskussion und Beschlussfassung über die gestellten Anträge und die Wahl eines neuen SprecherInnenkreis.

Am Abend vor der Eröffnung des Bundeskongresses fand am Tagungsort bereits eine interessante Podiumsdiskussion mit dem Titel "Neofaschismus und Rechtspopulismus in Europa entgegentreten" statt. Es diskutierten neben Ulrich Schneider als Generalsekretär der FIR auch vier VertreterInnen von Schwesterorganisationen aus Frankreich, Griechenland, den Niederlanden und Ungarn. Die TeilnehmerInnen berichteten vom zunehmenden Auftreten von Rechtskräften in ihren Ländern. Trotz sehr unterschiedlicher Situationsbeschreibungen in den einzelnen Staaten und Deutungen dieser Rechtskräfte waren sich die DiskutantInnen doch darin einig, dass die eigentliche Ursache für das Anschwellen der rechten Kräfte in der sich verschlechternden wirtschaftlichen und sozialen Lage der jeweiligen Bevölkerung zu suchen sei. Grund hierfür sei die neoliberale Politik der jetzigen (im Falle Ungarns vorherigen) Regierungen.

Zum Bundeskongress erschienen 158 Delegierte und viele Gäste. Nach einem Bericht über eine Neuinszenierung von Peter Weiss' "Die Ermittlung" wurde der Kongress offiziell eröffnet. Die Totenehrung - bei der auch unserem früheren Landeskassierers Friedrich Becker gedacht wurde –, Bestätigung der Regularien, Wahl der Leitungsgremien und weiterer Kommissionen und Grußworte (insbesondere durch den Frankfurter Stadtrat Möbius) wurden vorzeitig abgeschlossen. Cornelia Kerth hielt - anlässlich des Rechenschaftsbericht des SprecherInnenkreises - eine Rückschau über die politische Entwicklung und unsere Aktivitäten der letzten zwei Jahre. Sie verwies auf die Großdemonstration in Rostock 2012, die fortlaufende NO-NPD-Kampagne und V-Leute-Kampagne, die Blockadeaktionen in Dresden und unsere Beteiligung an den Aktionen gegen den Geschichtsrevisionismus in Litauen. Hinsichtlich der aktuellen Lage ging sie ein auf die durch Neofaschisten unterstützten Demonstrationen gegen Heime für Immigranten, die Maßnahmen zur Sicherung der "Festung Europa", der Kriminalisierung von antifaschistischen Demonstranten, die zunehmende Einstimmung der Bevölkerung auf weitere Kriegseinsätze der Bundeswehr



Teilnehmer des Gedenkens auf der Bahrs Plate
(siehe auch Artikel auf Seite 1)

und die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit der neuen ukrainischen Regierung und ihren Unterstützern auf dem Maidan. Dort gehören auch "Swoboda" und der "Rechte Sektor" zu. In der BRD ist höchste Wachsamkeit wegen der Ukraine geboten. Wir müssten stärker werden und unsere Zusammenarbeit verbessern.

Regina Elsner hielt als Schatzmeisterin den Finanzbericht, der auch schriftlich vorlag. Sie betonte, dass die Gemeinnützigkeit weiterhin anerkannt ist und dass sämtliche externen und staatlichen Prüfungen von Buchhaltung, Rechnungslegung und Abschlüssen zu keinen Einwendungen führten. Die finanzielle Lage der Bundesorganisation ist dergestalt, dass zur Zeit die Reserven verbraucht werden, sodass verschiedene Einsparvorschläge vom Bundesausschuss diskutiert werden. Die Aufgabe der Bundesgeschäftsstelle bzw. des -geschäftsführers standen dabei nicht zur Debatte. Keiner dieser Sparvorschläge wurde bisher verwirklicht. Beschlossen wurde aber eine Erhöhung der Umlage der Landesverbände an den Bund von 1,– Euro auf 1,20 Euro. Auch der - wegen der Erkrankung ihres Vorsitzenden - nur schriftlich vorliegende Bericht der Revisionskommission enthielt keine Beanstandungen. Der SprecherInnenkreis als Geschäftsführender Vorstand im Sinne des BGB wurde mit großer Mehrheit entlastet. Vor der Entlastung gab es vielfältige Nachfragen, Statements und Informationen zu den Rechenschaftsberichten, u.a. eine Einführung von Bea Trampenau zur Arbeit in Heideruh.

Last but not least verabschiedete der Kongress die ausscheidenden Mitglieder des Sprecherinnenkreises: Heinrich Fink, Heinz Siefritz und Richard Häusler. Heinrich Fink wurde unter standing ovations aller Anwesenden zum Ehrenpräsidenten der VVN-BdA ernannt. Heinz Siefritz bat scherzhaft darum ihn nicht zum Ehrenkassierer zu ernennen.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen begann dann die Zukunftswerkstatt. Diese erhielt einen gewissen Reiz dadurch, dass die Gruppenzugehörigkeit dieses "Workshops" erst peu à peu bekannt gegeben wurde. Wir wurden aufgrund einer Zuweisung in unseren Delegiertenunterlagen einem bestimmten Tisch zugewiesen. Die dort versammelten Delegierten debattierte dann über Themenvorschläge für Arbeitsgruppen. Ein Mitglied der Gruppe sortierte dann die entsprechenden Vorschläge bestimmten Themengruppen zu. Im Folgenden konnten die einzelnen Delegierten jede dieser Themengruppen mit bis zu fünf Klebepunkten prämieren. So wurden sieben Themen herausgearbeitet, die jeweils von zwei bis drei Tischen getrennt voneinander diskutiert wurden. Insbesondere sollten wir uns dabei an den thematisch passenden Anträgen zum Bundeskongress orientieren. Die Ergebnisse wurden auf großen Seiten Packpapier gesammelt und den anderen Gruppen präsentiert. Eine der Workshopgruppen kam zum Ergebnis, dass Antrag zwei zu aufgebläht war und wollte ihn durch 3 kurze Forderungen ersetzen. Dafür fand sich am nächsten Tag allerdings keine Mehrheit.

Am Sonntag wurden dann parallel zwei Aktionen durchgeführt. Einerseits wurde in geheimer Wahl über die Vorsitzenden, die Schatzmeisterin und die weiteren Mitglieder des SprecherInnenkreises abgestimmt. Auch die Revisions- und Schiedskommission wurden gewählt. Andererseits wurde über die Vielzahl der zum Bundeskongress gestellten Anträge, Änderungsanträge usw. diskutiert und entschieden.

Gewählt wurden zu Vorsitzenden Cornelia Kerth und Axel Holz, zur Schatzmeisterin Regina Elsner, als weitere Mitglieder im SprecherInnenkreis Regina Girod, Ulrich Sander und Ulrich Schneider. Die Mitglieder der Schiedskommission heißen Doris Finsch, Heinrich Fink, Wilhelm Girod und Traute Springer-Yakar und die der Revisionskommission Uwe Döring und Heinz Siefritz. Die BewerberInnen erhielten in der Regel fast alle Stimmen der jeweils noch abstimmenden Delegierten. Problematisch war, dass die Größe des SprecherInnenkreises auf acht Mitglieder festgelegt wurde und nur sechs gewählt wurden. ...

weiter geht es auf Seite 4

Ein Denkmal für Laye Condé

Es ist zu einem großen Teil der Hartnäckigkeit der Bremer "Initiative in Gedenken an Laye-Alama Condé" zu verdanken, dass die Tötung des 35-jährigen Laye Condé aus Sierra Leone Ende 2004/Anfang 2005 im Polizeipräsidium in der Vahr weiterhin in der öffentlichen Diskussion ist. Die Tötung erfolgte durch die gewaltsame Verabreichung von Brechmittel.
Am 01. November 2013 wurde vor dem Bremer Landgericht das dritte Verfahren gegen den Polizeiarzt, der die tödliche Brechmittelverabreichung durchgeführt hatte, gegen eine Zahlung von 20.000 Euro eingestellt und damit ist diese Seite der juristischen Aufarbeitung beendet.
Am 14. Juni 2014 führte die Initiative ein Hearing auf dem Bremer Marktplatz durch, um die politische Aufarbeitung voranzutreiben.

Es stand unter diesen Fragen: Wie konnte diese Tötung durch staatliche Institutionen überhaupt geschehen? Wie konnte in Bremen über 13 Jahre lang und über 1.000 Mal ein Beweissicherungsverfahren nahezu alltäglich angewandt werden, über das der Europäische Menschenrechtsgerichtshof schließlich 2006 urteilte, es verstoße gegen das Folterverbot? Wie konnten die zahlreichen Hinweise, dass es sich um ein stark gesundheitsgefährdendes Verfahren handelt, so beharrlich ignoriert und bestritten werden? Wieso wurden auch nach 2001, als in Hamburg Achidi John durch Brechmittel getötet worden war, in Bremen weiter gewaltsam Brechmittel verabreicht?
Nachdem der Bundesgerichtshof zweimal die Urteile des Bremer Landgerichts wegen gravierender Mängel kassiert und zurückverwiesen hatte, sah das Gericht dann beim letzten Verfahren ein "*Systemversagen*". Dieses tödliche System schilderten eine Rechtsanwältin, frühere Mitarbeiter des Antirassismusbüros, Ärzte, ein Bürgerschaftsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen und Mitglieder der Initiative.
Zu dem System, das versagte, gehörten die beteiligten Polizisten, der Vorgesetzte des Arztes und Leiter des Rechtsmedizinischen Instituts Birkholz, der Oberstaatsanwalt Frischmuth, der damalige Justizsenator Scherf, der damalige Justiz-Staatsrat Mäurer, ... Nicht vergessen werden sollen auch die Äußerungen des damaligen Innensenators Röwekamp nach dem Tod von Condé, "*Schwerstkriminelle*" hätten halt mit "körperlichen Nachteilen zu rechnen".
Keiner wurde bislang zur Verantwortung gezogen oder hat die Verantwortung übernommen. Die Berufung auf Nichtwissen über die Wirkungen ist unglaubwürdig. Denn zum Beispiel der Länderbericht EUR 23/02/96 Deutschland von Amnesty International vom Februar 1996 dokumentiert Vorwürfe über Misshandlungen von Ausländern durch Polizeibeamte und Strafvollzugsbeamte und schildert auch zwei Fälle aus Bremen: *"Im April 1995 erhielt amnesty international von Vorwürfen Kenntnis, denen zufolge Personen im Gewahrsam der Bremer Polizei grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung ausgesetzt waren. (...)"*

Bereits 1995 dokumentierte das Antirassismusbüro (ARAB) in einer Broschüre die Brechmittelvergabe bei der Bremer Polizei. Die Folge war nicht, dass den Vorwürfen nachgegangen wurde, sondern zwei Gerichtsverfahren wegen Volksverhetzung gegen Mitglieder des ARAB und die Beschlagnahme der Broschüre.
Neun Jahre nach dem Tod von Condé sind in diesem Jahr nun auch erste positive Dinge geschehen: Der jetzige Polizeipräsident Müller entschuldigte sich öffentlich auf einer Pressekonferenz Anfang Januar 2014 und gab eine Broschüre zu den Vorgängen heraus. Wenig später folgte ihm Bürgermeister Böhrnsen mit einem Entschuldigungsbrief an die Familie Condés.
Doch dabei darf es nicht stehen bleiben. Zu den Vorschlägen, wie politische Verantwortung übernommen werden könnte, gehört eine Einladung der Familie Condé nach Bremen, um sie in würdigem Rahmen im Namen des Senats um Verzeihung zu bitten und ihr angemessene Entschädigung anzubieten. Und dazu gehört das Aufstellen eines Denkmals für Laye Condé an einer öffentlichen Stelle in Bremen, quasi als ständiger Stachel im Fleisch der Stadt.

Es sprengt den Rahmen dieser kleinen Zeitung, die Schilderungen wiederzugeben. In schriftlichen Beiträgen von Rolf Gössner (http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19143) oder der Initiative (*http://initiative-layeconde.noblogs.org/?p=326#more-326*) kann man sich über die Vorgänge informieren. Eine Chronologie der Ereignisse findet sich auf der Homepage der "Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" (http://thecaravan.org/node/1530).

Regine Albrecht

Bundeskongress 2014

... Die Antragsdiskussion war breit gefächert und zeichnete sich dadurch aus, dass die Antragskommission hinsichtlich der ersten beiden Anträge zu "Neofaschismus" und "Geschichtspolitik, Gedenken und Erinnern" die Änderungsanträge der Kreisverbandes Stuttgart komplett übernahm. In Bezug auf den Neofaschismusantrag führte dies zu einer sprachlichen Verbesserung und geringen Präzisierungen und Aktualisierungen. Bezüglich des Geschichtsantrages bedeutete dies auch eine deutliche Akzentveränderung. Statt nur - wie im ersten Antragsentwurf - den 27. Januar zum europaweiten Gedenktag zu begehen, fordert die VVN-BdA nun den 08. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu erklären. Im weiteren wurde der Arbeiterwiderstand breiter und präziser gewürdigt. Eine kurze Debatte wurde darum geführt, ob unsere Organisation auch diejenigen Antifaschisten ehren soll, die durch Maßnahmen der Sowjetunion zu Tode kamen. Doch eine Mehrheit sprach sich dafür aus.
Der dritte Antrag beschäftigte sich mit der Situation der Immigranten. Betont wurde, dass Deutschland und Europa für einen großen Teil der Fluchtursachen (Krieg, Armut) der Heimatländer der Flüchtlinge mitverantwortlich sei. Der Antrag wendet sich gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr, gegen Waffenexporte, gegen die "Festung Europa" und gegen alle Sondergesetze, welche die Würde des Menschen verletzen, wie die Residenzpflicht und das Asylbewerberleistungsgesetz.
Antrag vier behandelte den "Antiziganismus". Bei ihrer Abwehr von Flüchtlingen bedienen sich rechte Politiker von den Unionsparteien bis zur NPD antiziganistischer Stereotypen. Wir fordern dagegen die Anerkennung von Sinti und Roma als kulturelle Minderheit in der BRD, eine Korrektur des Verhaltens gegenüber dieser Minderheit auch von PolitikerInnen, staatlichen Institutionen und Medien, die Zurückweisung antiziganistischer Propaganda und ihre Bestrafung als Volksverhetzung.
Der fünfte Antrag, in dem wir uns gegen Militär und Krieg wenden, wurde wieder stärker diskutiert. Zwar war man sich in der Beurteilung der Politik von Bundesregierung und NATO relativ einig, doch die Frage, ob man die Begrenzung der Bundeswehr auf ihren defensiven Auftrag oder die Auflösung der Bundeswehr fordern sollte, wurde heiß diskutiert. Eine Mehrheit wollte die Auflösungsforderung.
Weitere Anträge konnten wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr vom Kongress behandelt werden und wurden an den Bundesausschuss verwiesen. Da ich - durch KameradInnen aus dem KV Ostfriesland gebeten - am Ende der Kongresses bei der Wahlkommission mit eingebunden war, bekam ich auch nicht mehr alles mit.

Die zwei Tage des Kongresses in Frankfurt waren zwar mit viel Arbeit angefüllt, ließen aber genug Raum für viele Gespräche. Lobend erwähnen muss man die konsequente Versammlungsleitung durch Cornelia und Axel, die es schafften den Kongress zügig durchzuführen, ohne Diskussionsbeiträge abzuwürgen, und die Organisatoren, insbesondere aus Frankfurt, die dafür sorgten, dass ich mich während der gesamten Zeit sehr wohl fühlte.

Ulrich Stuwe

Stolpersteine

Eduard Ickert

wurde am 17.03.1889 in Dimitrowka (Wolhynien) geboren. Der Schmied kam 1916 nach Bremen, war verheiratet mit Melida Hoffmann, geb. am 10.07.1890 in Lodz. Das Ehepaar hatte sechs Kinder. Sie wohnten in der Humannstraße 33. Eduard Ickert war 1919/20 zunächst Mitglied der SPD, trat 1924 dem Rotfrontkämpferbund bei, 1927 der KPD Zelle Gröpelingen und wurde 1927/28 Bildungsobmann. 1931 wurde er auf der Roten Einheitsliste in die Arbeiterkammer gewählt.
Familie Ickert erlebte 15 Hausdurchsuchungen. Eduard Ickert wurde am 17. Dezember 1934 verhaftet und nach schwerer Misshandlung durch die Gestapo ins Zuchthaus Oslebshausen eingeliefert. Bei der Hausdurchsuchung in der Humannstraße 33 hatte man drei Beitrittserklärungen und zwei Parteiabzeichen gefunden. Vom Hanseatischen Oberlandesgericht wurde er am 06. Mai 1936 zu drei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt, unter Anrechnung der 14 Monate Untersuchungshaft. Die Familie musste die Wohnung räumen, ihr wurde die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt.
Eduard Ickert arbeitete in der Zuchthauswäscherei und zog sich dabei eine schwere Lungen-Tbc zu. Daher wurde er am 18. März 1938 ins städtische Krankenhaus gebracht, erhielt Haftverschonung und wurde am 07.08.1938 auf die offene Station verlegt, wo er am 02.09.1938 verstarb.
Sein Sohn Eduard (Jahrgang 1913) wurde 1931 Mitglied in der KP-Sportsfreunde Gröpelingen, seine Tochter Charlotte (Jahrgang 1917) 1931/32 Mitglied im KJVD, sein Sohn Emil (Jahrgang 1915), Mitglied des KJVD, wurde ins KZ Ochtumsand eingeliefert.

Hermann Mätthäi

wurde am 11.03.1907 in Wülmstorf geboren. Der Arbeiter kam am 12. November 1927 nach Bremen und lebte Juli 1928 bis Juni 1935 im Diemelweg 6. Seit 1932 gehörte er dem Kampfbund gegen Faschismus an. Wegen Verteilung illegaler Schriften und Lebensmittel an Familien in Haft genommener Genossen und illegaler Kassierung für den RGO und die KPD, wurde er Juni 1935 von der Gestapo verhaftet und ins Ostertorgefängnis gebracht. Am 08.07.1935 wurde er in seiner Zelle tot aufgefunden.
"Nach ca. 6 Wochen Haft konnten wir Angehörige unseren Bruder tot abholen", erklärte seine Schwester Bertha später. Seine Kleidung wurde ihr nicht ausgehändigt. Er habe sich in seiner Zelle erhängt, hieß es. Bezweifelt wurde das von den Bürgen im Wiedergutmachungsverfahren, die den Gestapomann Herrlein für den Tod Matthäis verantwortlich machten. Der Bestattungsunternehmer Schomaker konnte lediglich feststellen, dass Hermann Matthäi gewaltsam ums Leben kam.
Die VVN Landesvorstand hat die Patenschaft für diese beiden Steine übernommen.

Raimund Gaebelein (Recherche Wiedergutmachungsakten)

Anerkennung als NS-Opfer

Die Bremer Gruppe der von Eberhard Radczuweit in Berlin gegründeten Kontakte-Kontakty e.V. veranstaltete am 15. Mai im Europapunkt der Bürgerschaft eine Podiumsdiskussion mit den Bremer Bundestagsabgeordneten zur offenen Frage der Anerkennung sowjetischer Kriegsgefangener als NS-Opfer. Mit weit über 60 Teilnehmern fand die von Susanne Brahms (Radio Bremen) moderierte Veranstaltung eine gute Resonanz. Eike Hemmer schilderte eingangs die Schwierigkeiten der Aufarbeitung dieses vergessenen Kapitels des Zweiten Weltkriegs. Eberhard Radczuweit wies auf die Beteiligung Bremer Polizeieinheiten bei der Gefangennahme sowjetischer Kriegsgefangener in Charkow hin. Durch die intensive Arbeit Karl Schneiders konnten beweiskräftige Bilder gesichert werden. Die Arbeit von Kontakte entstand im Verlaufe des Entschädigungsprozesses für Zwangsarbeiter. Das 2000 erlassene Entschädigungsgesetz schloss Kriegsgefangene von Entschädigungsleistungen aus. 500.000 hatten in Deutschland oder in den besetzten Gebieten Zwangsarbeit leisten müssen. Nach der Befreiung wurden nicht wenige als vermeintliche Kollaborateure erneut in Lager gesteckt. 20.000 stellten Entschädigungsanträge, ohne zu ahnen, dass sie von jeglicher Entschädigung ausgeschlossen waren. Sie wollten einfach nur eine Entschädigung für den vorenthaltenen Lohn. Eine Petition zielte seit 2006 darauf ab, Ausnahmeklauseln des §11 des Entschädigungsgesetzes auf sowjetische Kriegsgefangene zu erweitern, die Zwangsarbeit hatten leisten müssen. Ein umfangreicher Briefwechsel mit über 8.000 Briefen belegt die Notsituation, in der sich die meisten Antragsteller nach dem Ende der Sowjetunion befanden. Im Durchschnitt leben sie von 20,- Rente im Monat. Kontakte vermittelte zahlreichen Antragstellern Anerkennungsbeträge aus Spenden, um die größten Existenzsorgen anzugehen.

Die letzte Petition erhielt statt der notwendigen 80.000 Unterschriften lediglich 1.700, wie Susanne Brahms darstellte. In der Politikerdiskussion ging es vorrangig um den Verfahrensweg.
Bedenken äußere vor allem Elisabeth Motschmann (CDU), die als Vorbedingung für eine Zustimmung zu einer Härtefallregelung eine Entschädigung deutscher Soldaten in sowjetischer Kriegsgefangenschaft ansprach. Ungeachtet der Tatsache, dass zwei Millionen Rotarmisten nach dem Einfall der Wehrmacht in die Sowjetunion bis Ende 1941 gleich erschossen wurden oder verhungerten, erkannte kein deutsches Gericht an, dass es sich um einen Vernichtungskrieg aus weltanschaulichen Gründen handelte. Dem internationalen Kriegsrecht nach waren Kriegsgefangene gemäß der Genfer Konvention zu behandeln. Gegenüber Angehörigen der Roten Armee wurde sie missachtet. Die Anerkennung als Opfer eines Vernichtungskriegs ist 73 Jahre nach dem Einfall in die SU längst überfällig.

Termine zu Ausstellung siehe Seite 6

Wilhelm Henkel

BND braucht einen Snowden

Rolf Gössner sprach bei der Verleihung des Berliner Preises für Zivilcourage an Edward Snowden. Er sagte u.a.: *"Die demokratisch kaum kontrollierbaren Geheimdienste können sich ... jeder Verantwortung entziehen, können munter weitermachen wie bisher - ja, sollen auch noch weiter aufgerüstet und massenüberwachungstauglicher gemacht werden. Obwohl ... deutsche Geheimdienste, insbesondere der Auslandsgeheimdienst BND, längst schon aufs engste in den menschenrechtswidrigen NSA-Geheimverbund verflochten sind, ebenso wie in den US-'Krieg gegen den Terror' ..."* (weiter nachzulesen bei www.bremerfriedensforum.de)

IG Metall ehrt Alois Engel

Im Juni übergab Detlef Dahlke unserem Ehrenmitglied Alois Engel die Ehrenurkunde zur 80-jährigen Mitgliedschaft in der IG Metall. Alois lebt im Wohn- und Pflegeheim Lesmona. Die Sehnsucht nach Frieden und Gerechtigkeit habe ihn stets beflügelt, sagte der heute 95-jährige seinen Besuchern, darunter seine Töchter Elisabeth und Gisela, Gerd-Rolf Rosenberger, Gerd Meyer, Regine Voß, Gertrud Teutsch, Helge Metag und Annegret Gerns. Alois' älterer Bruder Niklas wurde 1937 im Untersuchungsgefängnis Duisburg-Hamborn ermordet. Alois Engel wurde Fallschirmspringer und geriet 1945 in Süditalien in britische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Rückkehr ins Saargebiet engagierte sich Alois 1947 in der KPD, wurde Betriebsrat bei Villeroy & Boch und mit 9,5 % in den Gemeinderat von Merzig-Brotdorf gewählt. Seit 1992 wohnt er in der Nähe seiner Töchter in Bremen.

Raimund Gaebelein

Termine August/September 2014

Gedenkveranstaltung mit der Stiftung Meensel-Kiezegem 44

Sonntag, 24.08., um 10:00 Uhr Besuch des Bunkers Farge und um 12:00 Uhr Gedenken am Schützenhof

"Die große Zeit der Lüge"

Dienstag, 26.08. Von den "Ideen von 1914" zum nationalen Sozialismus - oder wie die hineingeschlitterten "Schlafwandler" die Kriegsschuld vor und mit Christopher Clark entsorgten. **Von 17:00-19:30 Uhr** im Bremer Gewerkschaftshaus Prof. Dr. Jörg Wollenberg in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Geschichte der IG Metall Bremen (Detlef Dahlke) (DGB, GEW, Arbeit und Leben, MASCH, Rosa Luxemburg-Stiftung, Stiftung für Sozialgeschichte, VVN-BdA)

Antikriegstag

Montag, 01.09., um 19:00 Uhr: Gewerkschaftshaus. Vortrag von Andrea Kolling (Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung): Zur Kontinuität Bremer Rüstungsproduktion vom 1. Weltkrieg bis heute. Bremer Friedensforum, VVN, DGB Bremen, DFG/VK, Nordbremer Bürger gegen Krieg

Sommerausfahrt nach Emden

Sonntag, 07.09.: Sommerausfahrt nach Emden mit antifaschistischem Stadtrundgang

"Ganz Europa in Flammen"

Dienstag, 09.09.: "Ganz Europa in Flammen" (Bremer Bürgerzeitung am 05. August 1914): Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie. Ein Historikerstreit zur Rolle der Bremer Linken. **17:00-19:30 Uhr** im Bremer Gewerkschaftshaus Prof. Dr. Jörg Wollenberg in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Geschichte der IG Metall Bremen (Detlef Dahlke) DGB, GEW, Arbeit und Leben, MASCH, Rosa Luxemburg-Stiftung, Stiftung für Sozialgeschichte, VVN-BdA

Gedenken an die Opfer von Faschismus und Krieg

Sonntag, 14.09., um 11:00 Uhr: Ostertorwache mit Heinz-Gerd Hofschen

Lesung KLABUND

Donnerstag, 18.09., um 19:00 Uhr, Stadtbibliothek Lindenhofstraße in Gröpelingen. Lesung von Prosa und Antikriegsgedichten des Schriftstellers Klabund (1890 - 1928) von VVN-BdA Bremen und Stadtbibliothek West.

Russenlager und Zwangsarbeit

Donnerstag, 18.09., um 19:00 Uhr Haus der Wissenschaft, Ausstellungseröffnung. "Russenlager und Zwangsarbeit: Bilder und Erinnerungen sowjetischer Kriegsgefangener"; die Ausstellung (bis 30. Oktober) wird veranstaltet von Kontakte-Kontakty e.V., dem Verein für Kontakte zu Ländern der ehemaligen Sowjetunion mit Unterstützung der Bundesstiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft".

Frieden schaffen ohne Waffen!

Konzert und Lesung **Samstag, 20.09., um 11:00 Uhr:** Ehrenmal Altmannshöhe Frieden schaffen ohne Waffen! 100 Jahre Erster - 75 Jahre Zweiter Weltkrieg Manifestation mit Chören, Musik, Theater, Literatur danach Umzug zum Langemarck-Denkmal (HfT) www.1914-2014.de

Konzert

Sonntag, 21.09., um 19:00 Uhr: Gustav-Heinemann-Bürgerhaus Vegesack. Stell dir vor es ist Krieg - und keiner geht hin, Sechs Chöre singen gegen Kriegswahn mit Bremer Chorwerkstatt, Buchtstraßenchor, Deutsch-Französischer Chor, Ensemble d'Accord, OsterchorSteinway, Friedensschule Bremen-N. www.KreisChorVerband-Bremen.de

Konzert

Mittwoch, 01.10., um 20:00 Uhr: Kreismuseum Syke. Die Grenzgänger: 1914 - Maikäfer flieg ! Lieder und Gedichte aus dem Weltkrieg 1914-1918 gesammelt im Deutschen Volksliedarchiv www.musikvonwelt.de

uuu,ttl+`b_,bc

"Der Bremer Antifaschist", kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint zweimonatlich.

Wir sind **Am Speicher XI Nr. 9**, 28217 Bremen, erreichbar.

Beim BLG-Forum - nicht im Speicher XI

Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.bremen.vvn-bda.de
Internet: www.kueste.vvn-bda.de

Montag: 15:00 - 17:00 Uhr
Donnerstag: 15:00 - 17:00 Uhr

In den Schulferien finden Bürostunden nur auf Anfrage statt (siehe Stadtrundgänge).

Für die Unterstützung unserer Arbeit:
Die Sparkasse in Bremen
BIC: SBRE DE 22 xxx
IBAN: DE06 29050101 000 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (0421-382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelein (0421-6163215 bzw. 0176/49865184) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich **am zweiten Donnerstag des Monats um 16:30 Uhr.**

Der Landesvorstand trifft sich am **letzten Montag des Monats um 19:30 Uhr.**

Die Sitzungen sind natürlich mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Mich interessieren folgende Themen:

o Einwanderer und Flüchtlinge
o Rassismus
o Neofaschismus
o Frieden/Antimilitarismus
o Erinnerungsarbeit

o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
o Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.
o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
o Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Name ____________________

Straße ____________________

PLZ, Ort ____________________

Bremen, den ____________________